Deutschland auf dem Weg in den Krieg mit Russland?

AUFRÄUMEN NACH DEM KRIEG:
Im Jahr nach der völligen Zerstörung der Hanauer Innenstadt in der Bombennacht am 19. März 1945: Trümmerfrauen beseitigen zu Minilöhnen auf der Marktplatz-Nordseite den Schutt, der infolge der faschistischen Kriegspolitik anfiel.
Foto vom 28. 8. 1946

Info- und Diskussionsveranstaltung mit Oberstleutnant a.D. Jürgen Rose am Donnerstag, 10. September 2026 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Hanau-Südost

Alfred-Delp-Str. 8-10, 63450 Hanau / Eintritt frei

Mehr zu Veranstaltung und Ort: Homepage der Hanauer Friedensplattform ➤ QR-Code oder **friedensplattform.de**

- **Bundesregierung erhöht Kriegsgefahr**
- **Berlin will eigene Erstschlagswaffen**
- **Deutsche Atomwaffen kein Tabu mehr**
- **Soll Deutschland zum Schlachtfeld werden?**
- **Berlin, London und Brüssel verlängern Ukrainekrieg**
- **Kriegskurs wird finanziert durch Sozialkahlschlag und Rekordschulden**
- **Rüstungsfabriken statt ziviler Produktion**
- **Demokratische Rechte werden geschreddert**
- **Neue Wehrpflicht droht**

Oberstleutnant a.D. Jürgen Rose (München) – hier bei einer Friedenskundgebung – ist Mitgründer des Arbeitskreises „Darmstädter Signal", der 1983 von Zeit- und Berufssoldaten der Bundeswehr gebildet wurde, um sich gegen die Stationierung neuer Atomraketen zu wenden. Heute setzt sich der Arbeitskreis u. a. für den absoluten Vorrang friedlicher Konfliktlösungen ein. Mehr auf *https://darmstaedter-signal.de*

Werden wir friedensfähig statt kriegstüchtig!

Schauen wir uns drei Schlagzeilen der ersten Flugblattseite etwas genauer an:

Bundesregierung erhöht Kriegsgefahr

Die Bundesregierung finanziert die deutsche Hochrüstung nicht nur mit dem Abriss der Sozialsysteme, sondern auch mit Rekordschulden. In der EU befördert sie die Umlenkung von Steuergeldern in die Militäretats. Ein Beispiel: Konflikte mit Frankreich sind wegen der von Berlin geforderten Kürzung von EU-Subventionen für französische Bauern bereits absehbar.
Innenpolitisch plant Berlin für die Jahre 2027 bis 2030 neue Megaschulden von 838 Milliarden Euro, hauptsächlich fürs Militär. Ab 2030 wird daher eine jährliche Zinslast von 81 Milliarden Euro erwartet – das Vierfache des aktuellen Gesundheitsetats.
Die Ausgaben für die Bundeswehr sollen bereits 2027 von den bisher geplanten 110 Milliarden auf 140 Milliarden Euro gesteigert werden. Hinzu kommen Zusatzposten nach Nato-Standards. Für 2030 plant Berlin Militärausgaben von 184 Milliarden Euro – annähernd so viel, wie im laufenden Jahr für Rentner und Bedürftige zusammengenommen vorgesehen ist.
Nicht nur in Moskau, auch in Paris und Londen wird der deutsche Versuch, erneut die stärksten (konventionellen) Streitkräfte Europas aufzubauen, mit Sorge registriert. Frankreich und Großbritannien erhöhen daher ihre Militärausgaben, auch wenn diese Steigerungen aufgrund ihrer hohen Staatsverschuldung deutlich geringer als die deutschen ausfallen.
Bundeskanzler Merz verzeichnet miserable Umfragewerte, will aber Proteste gegen seine Kanonen-statt-Butter-Politik nicht dulden: *„… Nöler, Nörgler und Berufskritiker: Wegtreten!“,* wetterte er in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ, 6.7.2026).

Für Samstag, 26. September, planen die DGB-Gewerkschaften einen Aktionstag gegen Sozialabbau und Lohnkürzungen – mal sehn, ob das die Regierung beeindruckt. Am Tag zuvor, dem 25. September, wird der nächste **Schulstreik gegen Wehrpflicht** einen bundesweiten Auftakt setzen. Am 3. Oktober folgen in Berlin und Stuttgart Demos gegen Hochrüstung und Krieg.

Berlin will eigene Erstschlagswaffen

Nachdem die US-Regierung die Stationierung ihrer Mittelstreckenraketen in Deutschland gestoppt hat, will Berlin eigene Erstschlagswaffen gegen Russland in Anschlag bringen. Bevor jedoch eigene Raketen produziert werden können, liebäugelt die Bundesregierung mit einer Einkaufstour bei US-Rüstungskonzernen. Doch ein entscheidender Baustein fehlt: ohne das globale integrierte Einsatzsystem, das die USA entwickelt haben, nicht aber Europa oder Deutschland, sind einzelne Raketen so eindrucksvoll wie ein Pfeil ohne Bogen. Dem will die Merz-Regierung abhelfen: Sie eifert dem US-Konzept der umfassenden „Multi-Domain-Operations“ nach, will strategische Angriffsraketen wie z.B. 400 Tomahawks in den USA kaufen und setzt die Fähigkeit, tief im russischen Hinterland attackieren zu können, auf Platz 1 ihrer Prioritätenliste.
Produktionsstandorte u. a. bei München für deutsch-ukrainische Langstreckendrohnen mit 1500 Kilometer Reichweite haben Moskau verärgert. Deutschland könnte durch solche aggressiven „Joint Ventures“ mit Kiew schleichend in einen Krieg mit Russland hineingezogen werden.

Deutsche Atomwaffen kein Tabu mehr

In seiner Regierungserklärung vom Januar 2026 hat Bundeskanzler Merz gefordert, angesichts der US-Politik, z.B. den Drohungen gegen Grönland, müssten Deutschland und die EU *„die Sprache der Machtpolitik lernen“*. Das wurde in einigen Leitmedien so verstanden, dass die atomare Aufrüstung entweder auf EU- oder auf nationaler Ebene auf die Tagesordnung gehöre. So erklärte beispielsweise ein Experte aus Jülich, dass mit der Anreicherungsanlage Gronau leicht Uran für 340 Sprengköpfe (!) angereichert werden könne. Derartige deutsche Atomphantasien waren gar dem „kriegstüchtigen“ CDU-Hardliner Kiesewetter unheimlich. Er wies darauf hin, dass dann der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990, also die rechtliche Grundlage für die „Wiedervereinigung“ von BRD und DDR, „aufgeschnürt“ werden müsste. Das bringe anschließend Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg auf den Tisch.
Zudem wären derartige deutsche Ambitionen ein Verstoß gegen den Atomwaffensperrvertrag und weitere internationale Abkommen. Die Russische Föderation – die stärkste Atommacht der Welt – reagierte entsprechend ernst.

Die Friedensbewegung fordert, den Irrweg zu verlassen, der letztlich in der atomaren Vernichtung Deutschlands enden kann. *Dazu muss die Politik der „Kriegstüchtigkeit“ sofort gestoppt werden.* Nötig ist die Durchsetzung einer Friedensfähigkeit, die nur durch eine konsequente Opposition gegen Hochrüstung, Kriegstreiberei, Wehrpflicht und Sozialabbau erreicht werden kann. Dies erfordert ernsthafte Mobilisierungen auf der Straße, in Betrieben und Verwaltungen, in Schulen und Universitäten usw. sowie möglichst eine internationale Kooperation der Antikriegsbewegungen.
Auf der staatlichen Ebene jedoch führt im ersten Schritt zur Friedensfähigkeit kein Weg vorbei an neuen Abrüstungsvereinbarungen bei internationaler Rüstungskontrolle. Diese sollten auf der Basis des bewährten Entspannungskonzepts der gemeinsamen Sicherheit aller Seiten getroffen werden.

Veranstalter:

Hanauer Friedensplattform

E-Mail: **info@friedensplattform.de**
Homepage: **www.friedensplattform.de**
Facebook: **Friedensplattform Hanau**

unterstützt von

VMV

Verein zur Förderung der Meinungsvielfalt und Völkerverständigung Hanau e.V.

V.i.S.d.P.: Erich Ehmes, Auwanneweg 30, 63457 Hanau